

Equinor Deutschland GmbH

**Stellungnahme zur Konsultation des Referentenentwurfs einer  
Verordnung zu regulatorischen Rahmenbedingungen für LNG-  
Anlagen nach § 118a des Energiewirtschaftsgesetzes**

**BNetzA Konsultation „LNG-VO“**

Berlin, 04.11.2022

## **Allgemein**

Wir bedanken uns für die Möglichkeit an der Konsultation teilzunehmen. Equinor begrüßt den Grundsatz, möglichst frühzeitig Rechtssicherheit in Bezug auf den Regulierungsrahmen zu schaffen. Allerdings treten im Hinblick auf die jetzt kurzfristig in Betrieb zu nehmen FSRU verschiedene Fragen auf.

## **Zeitpunkt der Verordnung**

In dem Anschreiben der Bundesnetzagentur zur Konsultation wurde ausgeführt, dass die Verordnung schnellstmöglich in Kraft treten soll, da bestimmte Projekte im Bereich der LNG-Anlagen noch im Jahr 2022 umgesetzt werden sollen.

Mit Ausnahme des Projekts in Lubmin handelt es sich hierbei vor allem um staatlich unterstützte FSRU, bei denen keine frei verfügbaren Kapazitätsbuchungen bis April 2024 zur Verfügung stehen. Zudem liegen für die Terminals in Brunsbüttel, Stade und Lubmin Entscheidungen bzw. Anträge für die Freistellung von der Regulierung gemäß § 28a EnWG vor. Deshalb stellt sich die Frage, ob eine entsprechende Verordnung zu diesem Zeitpunkt zielgerichtet ist.

## **Abgrenzung zu Anlagen, die unter den § 28a EnWG fallen**

Der Zugang zu LNG-Anlagen wird grundsätzlich in den §§ 20 bis 28 EnWG geregelt. § 26 EnWG erlaubt der BNetzA, Regelungen für den Zugang zu LNG-Anlagen zu treffen. LNG-Anlagen können gemäß § 28a EnWG von der Anwendung der §§ 20 bis 28 EnWG befristet ausgenommen werden („Freistellung von der Regulierung“). Dies wurde für bereits für einige LNG-Anlagen beantragt oder bereits genehmigt.

Im Verordnungsentwurf bleibt unklar, ob eine Freistellung von der Regulierung gemäß § 28a EnWG sich auch auf § 118a EnWG und damit auf die LNG-VO erstreckt.

Ebenso unklar bleibt, inwiefern die Kapazitätsregelung für die Initialphase der FSRU bis zum 1. April 2024 berührt wird. Soweit bekannt ist, bestehen hierzu Ausnahmeregelungen zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und den Lieferanten Uniper, RWE und EnBW/VNG. Diese Abgrenzung sollte transparent dargestellt werden.

**Zusammenhang mit ZuLA (BK7-22-060):**

Im Juli dieses Jahres hat die Bundesnetzagentur durch die BK7 ein Festlegungsverfahren zum Zugang von LNG-Anlagen eröffnet. Teile der Inhalte finden sich auch in dieser Verordnung wieder. Dies betrifft insbesondere die Frage der Kapazitätsvergabe und des Kapazitätsmanagements.

Unklar bleibt, ob die Verordnung die angestrebte Festlegung ersetzt oder wie mit dem Verfahren zu „ZuLA“ weiterverfahren wird.

In diesem Zusammenhang möchten wir auf unsere Ausführungen zu der Konsultation ZuLA (BK7-22-060) vom 26.7.2022 verweisen.